Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

Alle Manuskripte gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Verwendung unterlagt. (Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg 1936	Berlin, Donnerstag, 20. August	Nr. 1074

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES LIBRARY SOCIAL SCIENCE

Schach-Olympiade München 1936.

München, 19. August. In der Schach-Olympiade gelang es am Mittwoch nachmittag bis auf 7 Partien alle Rückstände der Hängepartien aufzuarbeiten. Für Deutschland endete der Tag mit einem erfreulichen Sieg über Schweden, er fiel allerdings nach erbittertem Kampf nur recht knapp, 4½ zu 3½, aus. Staemisch gewann gegen Stimmark und Ernst gegen Lerjin, während Richter, Ahues, Engels, Mellstad und Heinicke ihre Partien nur schlichten konnten. Michel gab gegen Bergkvist in einem aussichtslosen Endspiel auf.

Für die 2., 3. und 4. Runde ist nach Erledigung der Mehrzahl der Hängepartien das Ergebnis wie folgt:

2. Runde: Ungarn—Brasilien 6½ : 2½, Italien—Estland 2 : 6, Rumänien—Norwegen 3½ : 2½, Tschechoslowakei—Bulgarien 8 : 0, Schweiz—Schweden 2½ : 5½, Polen—Jugoslawien 4 : 3 (eine Hängepartie), Deutschland—Frankreich 7 : 1, Lettland—Holland 5½ : 1½ (eine Hängepartie), Island—Oesterreich 2½—5½, Litauen—Dänemark 1½ : 6½, zweifrei Finnland.

3. Runde: Oesterreich—Litauen 4½ : 2½ (eine Hängepartie), Holland—Island 4½ : 3½, Frankreich—Lettland 3 : 5, Jugoslawien—Deutschland 3½ : 3½ (eine Hängepartie), Schweden—Polen 2½ : 5½, Bulgarien—Schweiz 3 : 5, Norwegen—Tschechoslowakei 1½ : 5½ (eine Hängepartie), Estland—Rumänien 4½ : 3½, Brasilien—Italien 4½ : 2½ (eine Hängepartie), Finnland—Ungarn 1½ : 6½, zweifrei Dänemark.

4. Runde: Italien—Finnland 3½ : 4½, Rumänien—Brasilien 3½ : 4½, Tschechoslowakei—Estland 4 : 4, Schweiz—Norwegen 4½ : 3½, Polen—Bulgarien 8 : 0, Deutschland—Schweden 4½ : 3½, Lettland—Jugoslawien 2 : 6, Island—Frankreich 4½ : 3½, Litauen—Holland 2½ : 5½, Dänemark—Oesterreich 2 : 5 (eine Hängepartie), zweifrei Ungarn.

Nach der 4. Runde stehen folgende Länder an der Spitze: 1. Polen, 25 Punkte (eine Hängepartie), 2. Tschechoslowakei 21½ Punkte (eine Hängepartie), 3. Deutschland 20½ Punkte (eine Hängepartie), 4. Jugoslawien 19½ Punkte (zwei Hängepartien), 5. Ungarn 18 Punkte (war jedoch schon einmal spielfrei).

Benesch über Fragen der europäischen Politik.

Prag, 19. August. In einer Rede, die der Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Dr. Benesch, am Mittwoch in Gablonz hielt, beschäftigte er sich zunächst mit der politischen Orientierung der Tschechoslowakei. Die Politik der Tschechoslowakei sei auf den Völkerbund als Zentrum des Ausgleichs und der Gleichgewichtspolitik, auf die Kleine Entente und auf jene Staaten ausgerichtet, die die tschechoslowakische Politik unterstützten. Von einer Aenderung dieser Orientierung könne nicht die Rede sein.

Der Präsident unterstrich dann die Bedeutung der Beziehungen zu Deutschland und erklärte, daß er es begreiflich finde, wenn die Sudetendeutschen freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland, ebenso wie die überwältigende Mehrheit der Tschechoslowakei, wünschten.

Dr. Benesch bezeichnete die Schwierigkeiten zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland als eine Folge der Beziehungen Deutschlands zu den übrigen Staaten Europas und daher als allgemein europäischer Natur. Es sei das Schicksal der Tschechoslowakei, daß sie sich von der allgemeinen europäischen Politik nicht isolieren könne. In diesem Sinne habe die Tschechoslowakei an einem deutsch-französischen Einvernehmen ein Lebensinteresse. Eine Verständigung zwischen Paris und Berlin bedeute auch die automatische Lösung einiger Schwierigkeiten zwischen Berlin und Prag.

Er habe stets erklärt, daß eine friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei möglich, notwendig und natürlich sei. Die Behauptung, daß Deutschland den Bestand der Tschechoslowakei gefährden wolle, die da und dort in der europäischen Presse auftauche, bezeichnete Benesch als absurd. Es sei zu wünschen, daß das Verhältnis zu Deutschland ruhig und sachlich beurteilt werde.

Zum Schluß wandte sich Dr. Benesch den bevorstehenden Fünfmächte-Besprechungen zu, von denen er eine Beseitigung aller europäischen Störungsmomente erhofft, wobei er auch spätere Verhandlungen der Tschechoslowakei mit Deutschland als nicht unmöglich bezeichnete.

Mussolini an der Dreschmaschine.

Rom, 19. August. Mussolini, der seit drei Jahren zur Zeit der Getreideernte das der Landwirtschaft zurückgewonnene pontinische Gebiet besucht, begab sich am Mittwoch in Begleitung von mehreren Ministern und Parteipersönlichkeiten zu den Siedlerinnen in Littoria, Sabaudia und Pontinia. Auf einem Hofe bei Pontinia arbeitete er eine Stunde lang an einer Dreschmaschine und besichtigte dann die Siedlung, in der diesen Sommer die erste Getreideernte eingebracht wird. Er wurde überall vom Jubel der Bevölkerung begrüßt.

Zum Schluß besichtigte der italienische Regierungschef in Littoria die neue Zuckerfabrik und hielt eine kurze Ansprache, in der er seiner lebhaften Freude über den reichen Ertrag der ersten Ernte von Pontinia Ausdruck gab. Die Rückgewinnung der ehemaligen Sümpfe für die Land- und Volkswirtschaft sei eine vollendete Tatsache. Das Verdienst dafür gebühre den Arbeitern und früheren Frontkämpfern, deren Lage soeben durch günstigere Pachtverträge verbessert worden sei.

Unterredung Cianos mit dem französischen Botschafter.

Rom, 19. August. Auch die neue Unterredung zwischen dem italienischen Außenminister und dem französischen Botschafter am Mittwoch abend hat, wie von unterrichteter Seite verlautet, kein abschließendes Ergebnis gezeitigt. Vielmehr sollen auf Grund der italienischen Vorbehalte in Paris weitere Klarstellungen eingeholt werden.

Oesterreich nimmt Nichteinmischungsvorschlag an.

Wien, 19. August. Amtlich wird verlautbart: „Die österreichische Bundesregierung ist dem Vorschlag Frankreichs betreffend Nichteinmischung in spanische Angelegenheiten beigetreten. Sie ist dabei von der Annahme ausgegangen, daß alle in Frage kommenden Staaten dem Nichteinmischungsvorschlag ebenfalls beitreten und daß die wirksame Anwendung gesichert wird".

Kabeltelegrammdienst England—Spanien eingestellt.

London, 19. August. Die Cable-and-Wireless Ltd. teilt mit, daß sie aus Gründen höherer Gewalt gezwungen sei, den Kabeldienst zwischen England und Nordspanien über Vigo und zwischen England und Südspanien über Gibraltar sowie nach den Kanarischen Inseln bis auf weiteres einzustellen.

Haare verteidigt den englischen Neutralitätsstandpunkt.

London, 19. August. In einer öffentlichen Versammlung in Ginton-Park bei Cromer hielt der Erste Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare, am Mittwoch eine Rede, in der er den Neutralitätsstandpunkt seiner Regierung eindeutig verteidigte. Der Vorschlag Lansburys, das Parlament zur Besprechung der spanischen Ereignisse einzuberufen, sei völlig überflüssig, so sagte er. Wenn Lansbury jedoch darüber hinaus vorschlage, daß England und das Britische Reich ihr Gewicht zugunsten einer der beiden miteinander im Streit liegenden Parteien in die Waagschale werfen solle, so glaube er nicht, daß es einen unverantwortlichern Vorschlag gebe.

Parteinahme in Spanien würde unvermeidlich dazu führen, daß Europa von einem Ende bis zum anderen in Brand geriete. Lansbury und seinen Anhängern müsse deutlich gesagt werden, daß sich England unter keinen Umständen auf eine abenteuerliche Politik einlassen werde. England stehe es vor, eine Haltung der strikten Neutralität zu bewahren. Wenn die Politik in die Hände extremistischer Parteien gerate, und die Kugel und die Bombe die Stelle der Wahlurne einnähmen, dann werde ein großes Land wie Spanien in unheilbare Brüchtücke zerrissen. England und das Britische Reich jedenfalls besäßen nicht dieses politische Barbarentum.

An die Adresse der englischen Sozialisten gewandt erklärte der Minister, daß die nationale Regierung nicht die geringste Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten Spaniens einzumischen oder England in einen Kampf zu verwickeln, der es unmittelbar nicht angehe.

Der Schluß der Rede des Ersten Lords der Admiralität war der Landesverteidigung gewidmet. In der Zeit, da die englische Flotte nicht mehr wie früher ein absolutes Uebergewicht besitze und in der die Entwicklung der Luftfahrt den englischen Inselschutz zerstört habe, sei es unumgänglich, die englische Flotte ohne weitere Verzögerung auszubauen und die Luftstreitkräfte in großem Maße zu vermehren. Jedes neue Schiff, jedes neue Luftgeschwader sei eine neue Bürgschaft des Weltfriedens.

England verstärke seine Verteidigung, um einen Weltkrieg zu verhindern. Er glaube nicht, daß irgendein Land einen Weltkrieg wünsche; aber sollte er sich hierin irren, dann wolle er diesem närrischen und verbrecherischen Land sagen, daß England aufrüste, weil es entschlossen sei, einen Weltkrieg unmöglich zu machen.

Straßenkämpfe in San Sebastian.

London, 19. August. Nach einer Meldung des Evening Standard sind in San Sebastian und Irun seit Mittwoch vormittag heftige Straßenkämpfe im Gange. Die Marxisten sollen sämtlich die Verteidigungsstellungen außerhalb der Stadtgrenze San Sebastians geräumt haben und sich unter dem Deckungsfeuer eines kleinen, in einem Nebenarm des Bidassao-Flusses liegenden Torpedobootes unter Hinterlassung zahlreicher Toten nach der Strandpromenade zurückziehen.

Von der Landseite her werde San Sebastian an drei verschiedenen Stellen gleichzeitig angegriffen. In den Hauptstraßenzügen hätten die Marxisten Barrikaden errichtet. Ein Regiment der spanischen Fremdenlegion sei zur Verstärkung an die Front von San Sebastian abgesandt worden. Anderseits hätten auch die Marxisten aus Irun Zuzug erhalten.

Bolschewistische Wirtschaft in Katalonien.

Barcelona, 19. August. Die katalanische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch die die Wirtschaft Kataloniens auf eine völlig neue Grundlage gestellt wird.

Die einschneidenden Bestimmungen dieser Verordnung sehen u. a. die Errichtung eines Außenhandelsmonopols vor. Die großen landwirtschaftlichen Güter sollen kollektivisiert und durch die Landarbeitersyndikate mit Unterstützung der Regierung bewirtschaftet werden.

Die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe will man zwangsweise zu Syndikaten zusammenfassen. Das Wirtschaftsdekret ordnet weiter die Vergesellschaftung der großen Industriebetriebe, der öffentlichen Unternehmungen und Transportgesellschaften an. Eine andere Bestimmung sieht die Beschlagnahme und Vergesellschaftung aller von ihren Eigentümern verlassenen Betriebe vor. Diejenigen Unternehmungen, die ihren privatwirtschaftlichen Charakter beibehalten dürfen, sollen der Kontrolle durch die Gewerkschaften unterstellt werden.

Minengefahr an der spanischen Mittelmeerküste.

Berlin, 19. August. Der Sender Santa Cruz de Tenerifia funkte am Mittwoch abend um 21.15 Uhr MEZ folgende Warnung an alle Schiffe auf hoher See, die in mehreren Sprachen, darunter auch der deutschen, wiederholt wurde: „Alle auf Fahrt befindlichen Schiffe werden darauf hingewiesen, daß in nachfolgenden Häfen Gefahr besteht, da Minen gelegt sind: Malaga, Almeria, Cartagena, Valencia, Barcelona."

Senator Berenger befürwortet die europäische Konferenz.

Paris, 19. August. Im Oeuvre setzt sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Henry Berenger für die baldige Einberufung einer europäischen Konferenz ein.

Die Frage sei, erklärt er, ob Europa sich in zwei Lager teile, ob es sich in Föderationen organisiere. Wenn es einem neuen allgemeinen Krieg entgehen wolle, müsse unbedingt eine europäische Konferenz einberufen werden, in der die hauptsächlichen Streitfragen eine vernünftige Lösung finden müßten. Zwischen den verschiedenen europäischen Staaten müsse eine Formel der freien und nutzbringenden Zusammenarbeit gefunden werden, die den Krieg verhüte. Diese neuen europäischen Fragen würden erstmalig auf der Fünferkonferenz auftauchen, die demnächst zum Abschluß eines neuen Locarno zusammentrete.

Zwischen hohe sich die Erde aber gedreht und man müsse deshalb den Geist von Locarno beibehalten, den Buchstaben aber den neuen Bedingungen Europas und der Welt anpassen. Es müsse ein Mittel gefunden werden, um den Dynamismus aller Staaten demselben Werk der materiellen und moralischen Zivilisierung nutzbar zu machen. Aber nur eine europäische Konferenz könne diese Mittel finden. Die Fünferkonferenz könne deshalb nur als Auftakt für eine solche europäische Konferenz dienen. Sie dürfe auf keinen Fall wie ein europäisches Direktorium handeln, weil sie dann von dem übrigen Europa nicht anerkannt werden würde. Sie würde in diesem Fall die Gefahren einer Zersetzung und damit einer Katastrophe nur vergrößern.

Rydz-Smigly berichtet dem polnischen Staatspräsidenten.

Warschau, 19. August. Der polnische Staatspräsident hat den Generalinspektor der Armee, General Rydz-Smigly, zu einer Besprechung empfangen. Es heißt, daß Rydz-Smigly den Staatspräsidenten über seine Unterredung mit Gamelin unterrichtet hat.

Da die diesjährigen Herbstmanöver der französischen Armee am 6. September ihren Anfang nehmen, wird sich General Rydz-Smigly zu diesem Zeitpunkt nach Paris begeben, um gleichzeitig den Besuch Gamelins zu erwidern.

Sinowjew und Genossen vor dem Militärtribunal.

Moskau, 19. August. Vor dem Militärtribunal der Sowjetunion begann am Mittwoch mittag der Prozeß gegen die ehemaligen engen Mitarbeiter Lenins und Stalins, die Angeklagten Sinowjew, Kamenew und Genossen.

Die Anklage wird durch den Oberstaatsanwalt Wyschinski selbst vertreten. Auf der Anklagebank sitzen 16 Personen, fast durchweg der alten revolutionären Richtung trotzkischer Zurückung zugehörig.

Der Prozeß begann mit der Verlesung der langen Anklageschrift, die sich fast ausschließlich auf „Geständnisse" der Angeklagten während der Untersuchungshaft aufbaut und hauptsächlich drei Punkte umfaßt:

Angeklagt mit Trotzki sind Golzmann, Baermann, Jberg und Fritz David als direkte Emissäre Trotzkis, die in diesem Auftrag zur Ausübung von Terrorakten und Anschlägen nach der Sowjetunion entsandt worden seien und sich zu diesem Zweck mit der Sinowjew-Gruppe zusammengeschlossen hätten. Unter Führung von Sinowjew und Kamenew hätten sie seit 1932 versucht, Anschläge auf die Spitzen der Bolschewistischen Partei zu unternehmen und zwar auf Stalin, Kaganowitsch, Woroschilow, Ordschonikidse und andere.

Der zweite Punkt besagt, daß die Angeklagten den Mord an Kirow im Dezember 1934 angestiftet hätten. Der dritte Punkt der Anklage betrifft den Versuch, Stalin bei dem vorjährigen 7. Komintern-Kongreß durch einen Revolverschuß zu töten. Baermann sei es jedoch nicht gelungen, zum Kongreß zugelassen zu werden, während David seinen Platz zu weit von der Tribüne entfernt gehabt habe.

Ein weiterer Punkt der Anklageschrift spricht von einer angeblichen Verbindung der Angeklagten zu deutschen Stellen.

Nach Verlesung der Anklageschrift erklärten sich mit Ausnahme von zwei Angeklagten sämtliche Angeklagten für schuldig.

Von den Angeklagten wurde zunächst Dreizer vernommen, der wie übrigens auch Mratschkowski früher hohe Posten in der Roten Armee bekleidet hat, was sich im Verlauf des Verhörs herausstellte.

Aufsehen erregte die Mitteilung des Angeklagten Reingold, daß die Sinowjew-Gruppe im Jahre 1932 auch Verbindungen zur ehemaligen Rechtsopposition (Rykowin, Tomski) aufgenommen und diese in ihre geplanten Anschläge eingeweiht habe. Weiterhin sagte Reingold aus, daß zwischen der Terroristengruppe Sinowjews und dem früheren Volkskommissar des Finanzwesens Sokolnikow, der dann bis 1935 den Posten des Stellvertretenden Außenkommissars bekleidete, enge Beziehungen bestanden hätten. Sokolnikow ist, wie jetzt bekannt wird, bereits verhaftet.

Desgleichen blieb es Reingold vorbehalten, das Geheimnis, das bis jetzt über der jüngst erfolgten Entlassung der Direktoren der Sowjetrussischen Staatsbank lag, zu lüften. Der Vizedirektor der Staatsbank, Arkus, habe, so sagte Reingold aus, im Jahre 1929 versucht, auf Kamenews Wunsch und auf sein Betreiben Mittel für die revolutionäre Tätigkeit der Sinowjew-Gruppe im Ausland anzulegen. Wie nunmehr feststeht, hat diese Beschuldigung die Entlassung und Verhaftung der Direktoren der Staatsbank vor wenigen Wochen zur Folge gehabt.

Schließlich wußte Reingold noch interessante Mitteilungen darüber zu machen, wie die angeblichen Verschwörer nach errungenem „Siege" die führenden Posten in Partei und Staat unter sich verteilen wollten. Sinowjew habe für die Führung der bolschewistischen Partei vorbehalten, Kamenew den Vorsitz im Rat der Volkskommissare, während Kakajew als aktiven Organisator der geplanten Terrorakte die Leitung der GPU übertragen worden sollte. Diese Aussagen wurden von den übrigen Angeklagten bestätigt.

Reingold sagte weiter aus, daß auch der gegenwärtige Stellvertretende Volkskommissar für Schwerindustrie, Pjatakow, und Serebrowski, der früher im Transportwesen an leitender Stelle stand, (beides frühere Trotzkisten) in Beziehungen zur Sinowjew-Gruppe standen und von Sinowjew selbst als „zuverlässige Leute", an die man sich „ebenfalls bei der Vorbereitung von Terrorakten heranmachen müsse", bezeichnet worden seien.

Der Angeklagte Pickel gestand Einzelheiten über einen geplanten Anschlag auf Stalin am 9. Oktober 1932 und im Juli 1934 und machte Mitteilungen über eine angebliche Militärverschwörung trotzkistisch gesinnter Kreise in der Roten Armee, wo 1934 Zellen für trotzkistische Agitation bestanden hätten.

Der Prozeß wird am Donnerstag fortgesetzt.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.